

KOMMENTARE

Nicht wettbewerbsfähig

Lüder Gerken
über die Griechenland-Krise

Vor einem Jahr stand Griechenland erstmals vor der Pleite. Hastig wurde ein 110-Milliarden-Euro-Rettungspaket geschnürt, an dem Deutschland mit 22,4 Milliarden Euro direkt beteiligt ist. Damals hieß es, Spekulanten hätten Griechenland in die Krise gestürzt; das Land habe daher nur – vorübergehende – Liquiditätsprobleme. Und es hieß, der Kredit sei für Deutschland sogar ein gutes Geschäft, weil hohe Zinsen gezahlt und der Kredit selbstverständlich bei Fälligkeit 2013 zurückgezahlt werde. Schon damals war klar, dass diese Behauptungen falsch waren. Griechenland hat keine spekulationsbedingten Liquiditätsprobleme, sondern massive strukturelle Probleme. Und der Kredit wird nicht, wie vereinbart, 2013 zurückgezahlt. Er soll bis 2017 verlängert und der Kreditzinssatz gesenkt werden.

Aber auch das wird Griechenland nicht aus der Krise führen. Hinter vorgehaltener Hand wird dies zugegeben. Nur haben die deutschen Politiker nicht den Mut, es dem Volk zu sagen. Im Grunde genommen ist Griechenland am Ende. Warum? Nur ein Teilproblem ist die hoffnungslose Überschuldung des griechischen Staates. Aus diesem Grund wird derzeit erwogen, ihm einen Teil der Schulden zu erlassen. Wie viel, wird vorsichtshalber nicht gesagt.

Ein solcher Schuldenerlass würde dem griechischen Staat aber allenfalls eine Atempause verschaffen. Denn selbst wenn man ihm heute, was utopisch ist, sämtliche Schulden erließe – wenn er also überhaupt keine Kreditzinsen mehr bezahlen müsste –, würde er bereits morgen neue Schulden aufnehmen müssen: Das griechische Haushaltsdefizit hätte 2010 auch ohne Zinszahlungen immer noch fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen. Erlaubt sind in der Euro-Zone maximal drei Prozent. Wer würde diesem Staat Geld leihen, ohne erneut hohe Risikozuschläge zu verlangen?

Die Überschuldung des griechischen Staates ist jedoch nur Teil eines viel größeren Problems: Überschuldet ist das gesamte Land, die gesamte Volkswirtschaft. Woher kommt das? Die Importe Griechenlands übersteigen seit Jahren die Exporte. Es wird also ständig mehr ausgegeben als

eingenommen. Die Differenz – das Leistungsbilanzdefizit – finanzierten die Griechen in der Vergangenheit mit Krediten aus den Exportüberschussländern, zu denen auch Deutschland gehört. Ob der griechische Staat oder griechische Banken sich im Ausland verschulden, ist dabei ziemlich egal. Um diese Kredite zurückzahlen zu können, müsste die griechische Volkswirtschaft ihrerseits Exportüberschüsse erzielen. Dazu ist sie aber nicht imstande, weil die griechischen Unternehmen gegenüber den nordeuropäischen Unternehmen in der Summe nicht wettbewerbsfähig sind. Grund dafür sind massive realwirtschaftliche Verwerfungen – allem voran erheblich höhere Lohnstückkosten – in Griechenland. Im Gegenteil: Die Leistungsbilanzdefizite bestehen fort, und die Auslandsverschuldung steigt dadurch immer weiter an. Ohne den Euro würden die Leistungsbilanzdefizite und damit der Kreditbedarf über Abwertungen der griechischen Währung von selbst beseitigt. In der Währungsunion geht das nicht mehr.

Was wird geschehen? Die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Volkswirtschaft wird nicht mit der Deutschlands gleichziehen. Die Leistungsbilanzdefizite werden daher fortbestehen und damit auch der Kreditbedarf. Der 110-Milliarden-Kredit wird auch 2017 nicht zurückgezahlt, sondern im Gegenteil aufgestockt werden. Im März haben die Staats- und Regierungschefs der EU dafür den Weg geebnet: Es wird ein „Europäischer Stabilitätsmechanismus“ errichtet, der ab 2013 maroden Staaten Kredite gibt, für die die leistungsfähigen Staaten mit Kreditgarantien und Barzahlungen haften. Über ihn wird Griechenland in dem Maße seine Leistungsbilanzdefizite finanzieren, wie andere Geldquellen ausscheiden.

Eine andere Geldquelle wäre, analog dem deutschen Länderfinanzausgleich, die Schaffung eines Staatenfinanzausgleichs von jährlich einigen zig Milliarden Euro. In Brüssel besteht weitgehend Einigkeit, dass er kommen wird. Wie lange wird die Bundesregierung wohl noch behaupten, dass er nicht kommen wird?

Der Autor: Lüder Gerken ist Vorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik – Centrum für Europäische Politik in Freiburg sowie Honorarprofessor an der Jacobs University in Bremen.
